

Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprechers
und migrationspolitischen Sprechers

Dr. Christos Pantazis, MdL

zu TOP Nr. 20a

Aktuelle Stunde

Eskalation in Syrien – Familiennachzug in Nieder-
sachsen ermöglichen, Menschenleben retten!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/681

während der Plenarsitzung vom 19.04.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Piel, bei Durchsicht Ihres Antrages zur Aktuellen Stunde ist mir aufgefallen, dass Sie zwei Themenkomplexe ansprechen, die Sie miteinander verknüpfen: zum einen die Eskalation in Syrien und zum anderen die deutsche Flüchtlingspolitik. Erlauben Sie mir daher, diese beiden Themenkomplexe gesondert anzusprechen.

Was in Syrien passiert - das haben Sie eben gerade gesagt -, ist eine siebenjährige Tragödie. Und was vor Kurzem in Duma passiert ist, ist schlichtweg ein Kriegsverbrechen. Der Einsatz chemischer Kampfstoffe ist international geächtet, und ein Regime, das diese nutzt, verliert moralisch jeden Anspruch auf einen Platz in der internationalen Gemeinschaft.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Die Weltgemeinschaft kann daher nicht tatenlos zusehen, wenn Kriegsverbrechen verübt werden; das wäre in jeglicher Hinsicht ein fatales Signal der Ohnmacht. Der Einsatz der USA und ihrer Alliierten war daher nachvollziehbar. Dies haben die EU-Außenminister in einer seltenen Einträchtigkeit während ihres Treffens am Montag auch bestätigt.

Aber so bitter das klingen mag: Der Einsatz überschreitet zwar völkerrechtlich eine rote Linie, von einer Eskalation der Lage kann allerdings nicht gesprochen werden. Denn dies würde jenen über 500 000 Opfern nicht gerecht werden, die in den vergangenen Jahren bereits durch konventionelle Waffen ums Leben gekommen sind. Der Tod und die Eskalation sind in Syrien seit Langem ein trauriger Begleiter im Alltag. Das ist eine harte, aber leider wahre Realität und ein Versagen aller am Konflikt beteiligten Parteien. Damit schließe ich uns, die Weltgemeinschaft, ein.

Ich finde es daher grundsätzlich schwierig, zu versuchen, aus der jüngsten Entwicklung einen Zusammenhang zwischen diesem Militärschlag und der Thematik Familiennachzug zu konstruieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

über kaum ein Thema wurde in den letzten Wochen und Monaten so leidenschaftlich, so kontrovers, aber auch so erbittert diskutiert wie über das Thema Familiennachzug. Das mag vielleicht daran liegen, dass die Debatte - ich zitiere hier gerne meine Kollegin Högl - „ein Gradmesser dafür ist, wie ernst wir es meinen mit Menschenwürde und dem Schutz der Familie“. Auch Sie haben das ja angesprochen.

Für meine Fraktion kann ich behaupten, dass wir den Familiennachzug auch für subsidiär Schutzberechtigte grundsätzlich als richtig erachten.

Der Schutz der Familie ist zu Recht ein im internationalen und deutschen Recht fest verankertes Grund- und Menschenrecht. Besonders gilt dieses für Menschen, die aus Syrien nach Deutschland geflohen sind. Der Familiennachzug stellt auch eine Voraussetzung für eine gute und gelungene Integration dar und steht ferner für einen sicheren und auch legalen Einreiseweg, fernab von Schlepperrouten und -banden.

Vor dem Hintergrund der hohen Flüchtlingszahlen ab 2015 und der damit verbundenen Ausnahmesituation erfolgte im Rahmen eines politischen Kompromisses die Aussetzung des Familiennachzuges bis März 2018. Diese Ausnahmesituation ist aber nun nicht mehr gegeben.

Durch die nun zwischen den Fraktionen von SPD, CDU und CSU auf Bundesebene gefundenen kontingentierten Kompromiss - 12 000 pro Jahr zuzüglich wirksamer Härtefallregelung - wird der Familiennachzug für subsidiär Geschützte ab August wieder ermöglicht. Und so viel gehört zur Wahrheit auch dazu: Diese Regelung geht übrigens auch über das hinaus, was die Jamaika-Sondierungen vorgesehen hatten.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals ausdrücklich betonen, dass der in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene festgehaltene Kompromiss für uns alle Gültigkeit hat. Daher gehört es sich nicht, das Thema Flüchtlingsnachzug

von rechts zu bespielen, wie es Bundesminister Seehofer und die CSU derzeit tun
- insbesondere nicht vor einem Landtagswahlkampf in Bayern.

Entsprechend ist es aber ebenso verkehrt, die Vorfälle in Duma nun nutzen zu wollen, um diese Regelung so infrage zu stellen, wie Sie es hier versuchen. Denn das Konzept einer Aufweichung - ich möchte hier nicht falsch verstanden werden - des Familiennachzuges verfolgt in der Denkweise einen grundsätzlich falschen Ansatz. Wir brauchen eine Lösung auch für die Menschen in Syrien. Gerade nach den schrecklichen Vorfällen von Duma muss endlich ein Weg gefunden werden, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, indem den Syrern in ihrer Heimat eine Friedensperspektive und den bereits Geflüchteten eine Rückkehrperspektive aufgezeigt werden kann.

Und wissen Sie, wie man dieses hehre Ziel erreichen kann, liebe Frau Piel? - Nicht, indem man nur Forderungen aufstellt, die das eigene Wählerklientel in der Zeitung vermutlich gerne liest, sondern mit einem realistischen, verantwortungsvollen Blick auf die Lage.

Das mag nicht immer attraktiv und befriedigend sein, aber ich halte es - frei nach Helmut Schmidt und Willy Brandt - so, dass ich lieber 100 Stunden verhandele, um, dem Wesen der Demokratie folgend, wirklich etwas zu erreichen: einen tragfähigen Kompromiss, so, wie wir ihn auf Bundesebene beschlossen haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.